

Stadtverwaltung
Geschäftsbereich I
Bürgermeister

Plauen, 04.10.2016

Herrn Oberbürgermeister
Ralf Oberdorfer

im Hause

Stellungnahme zum Antrag der SPD GRÜNE FRAKTION PLAUEN, Reg.- Nr. 140-16 vom 04.10.2016 zur Änderung des Beschlusstextes der DRS 444/2016 (Änderung der Elternbeitragsatzung) hinsichtlich der Verwendung der Mehreinnahmen aus Elternbeiträgen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zum o. g. Antrag an die Stadtverwaltung nehme ich wie folgt Stellung:

Die in der o. g. Verwaltungsvorlage dargestellten Erhöhungen der Elternbeiträge folgen der Abrechnung der Personal- und Sachkosten aus dem Jahr 2015 und entsprechen den gestiegenen Kosten für Plätze in Plauener Kindertageseinrichtungen. Es handelt sich bei den Erträgen aus diesen Erhöhungen keineswegs um frei verfügbare Mehreinnahmen, die etwa zur Finanzierung zusätzlicher Fachkräfte oder spezieller Qualifizierungen genutzt werden könnten, sondern um die nachträgliche und notwendige prozentuale Anpassung der Elternbeiträge an die bereits laufenden Ausgaben.

Mit Bezug auf den in der Antragsbegründung dargestellten erhöhten Personalbedarf weise ich nachdrücklich darauf hin, dass die Betreuungsschlüssel sowie die Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte gesetzlich geregelt sind und in der Zuständigkeit und Verantwortung des Landes liegen.

Sprachliche Bildung ist Bestandteil des Bildungsbereiches „Kommunikative Bildung“, welcher neben fünf weiteren gleichberechtigten Bildungsbereichen sowohl im Sächsischen Bildungsplan wie auch in der Rahmenkonzeption für die städtischen Kindertageseinrichtungen verankert ist. Die verschiedenen Bildungsbereiche durchdringen und bedingen einander. Schwerpunktsetzungen innerhalb dieser Bildungsbereiche sind in jeder Einrichtung je nach Bedarf möglich und üblich. Stellvertretend und beispielhaft sei hier die städtische Kita „Regenbogen“ genannt, die von 2011 bis 2015 über das Bundesprogramm „Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ gefördert wurde und nunmehr als zertifizierte Konsultationseinrichtung zur Verfügung steht.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Stadt Plauen dringend angehalten ist, die HH-Konsolidierung fortzuführen. Gegenüber der Haushaltsplanung 2016 beinhaltet der HH-Planentwurf 2017 ff. hohe Mehrbelastungen zur Finanzierung der Kindertagesstätten, da der Zuschuss an die freien Träger, insbesondere durch Tarifsteigerungen und die Schaffung zusätzlicher Plätze, stark ansteigt.

Die Verwaltung kann dem Antrag daher nicht zustimmen.

Mit freundlichen Grüßen



Steffen Zenner